

MÄRZ 2021

NEWSLETTER

KURZ UND KNAPP

PFLEGEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG Wie positioniert sich die Politik?

aus der
für die
pflege
pflege



BLGS
Bundesverband Lehrende
Gesundheits- und Sozialberufe

VORWEG

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

14.03.21

LANDTAGSWAHL – PFLEGE WÄHLEN

Info-Talk immer montags unter www.info-kampagne-pflegekammer-baden-wuerttemberg.de unter Veranstaltungen zu finden

WAHLPROGRAMME

Lesen sie hier die Wahlprogramme der Parteien für die Landtagswahl und die Aussagen zur Pflegekammer:

<https://www.landtagswahl-bw.de/wahlprogramme/>

WILLKOMMEN

SCHWERPUNKT

Liebe Mitglieder des BLGS e.V.!

Herzlich Willkommen zur zweiten Ausgabe unseres Newsletters. Nachdem wir ja nach der Sommerpause im vergangenen Jahr erfahren mussten, dass der Gründungsprozess der Pflegekammer in die nächste Legislaturperiode verschoben wird, hatten wir einen offenen Brief an alle Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg (mit Ausnahme der AfD) verschickt. Wir haben die Mitglieder des Landesverbandes Baden-Württemberg informiert und miteinbezogen und wurden mit zahlreichen (über 80) Unterschriftenlisten unterstützt. Wir haben klar zum Ausdruck gebracht, dass es in der repräsentativen Befragung ein klares Votum Pro Landespflegekammer gab und wir uns die Unterstützung der Parteien für die Umsetzung wünschen. Die aktuelle Verzögerung zollt dem Berufsstand Pflege wenig Respekt! Landespflegekammer Baden-Württemberg sichert die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung und muss deshalb ein vorrangiges Ziel sein. In nur wenigen Tagen konnten wir zahlreiche Unterschriftenlisten sammeln und mit versenden.

Lesen Sie im Nachfolgenden die Antworten der einzelnen Fraktionen, zunächst in der Zusammenfassung und im Anhang in der Ursprungsversion.

Bündnis 90/Die Grünen – pflegepolitische Sprecherin Petra Krebs: „Ich bin überzeugt von dem Mehrwert einer Landespflegekammer“. Die aktuelle Situation macht noch deutlicher, wie wichtig es ist, dass die Pflege sich mit einer legitimierten Struktur selbstverwalten einbringen kann. Es besteht allerdings die Befürchtung, dass im Moment die solide Grundlage für die Gründung einer Landespflegekammer fehlt und es ein ähnliches Scheitern wie in anderen Bundesländern geben könnte. Hierbei wird auch ein möglichst großer Konsens unter den Pflegekräften selbst erwähnt. Am Ende steht die Versicherung, sich weiterhin für die Errichtung der Landespflegekammer einzusetzen.

Die Antwort der CDU kommt von der Büroleiterin des Fraktionsvorsitzenden Stefanie Schorn. Die CDU Fraktion steht zur vereinbarten Gründung einer Landespflegekammer, da sich in der repräsentativen Umfrage eine mehrheitliche Zustimmung gezeigt hat. Durch die negativen Reaktionen auf dem Beteiligungsportal des Landes haben sich Bedenken ergeben, die das Sozialministerium nicht hätte zerstreuen können. Ideen, wie eine anfängliche Beitragsfreiheit und spätere Evaluation wurden als zu vage empfunden. Aus fachlicher Sicht sei die Errichtung der Pflegekammer wichtig, aber es gäbe eben erhebliche Widerstände bei den Pflegekräften. An der aktuellen Entscheidung sei die CDU

Fraktion nicht beteiligt gewesen, das wurde allein vom Sozialminister entschieden.

Jochen Haußmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP äußerte sich zum Thema Pflegekammer nicht explizit. Seine Antwort auf den offenen Brief bezieht sich insbesondere auf die Pflegeausbildung und die Herausforderungen bzgl. Der Engpässe im Bereich der Pädiatrie. Darüber hinaus weist er auf das Pflegepapier der Fraktion hin, in dem die FDP eine Unterstützung der Pflegekräfte, Pflegebedürftigen sowie die betroffenen Angehörigen berücksichtigt werden.

Für die SPD antwortet die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sabine Wölfle. Die SPD Landtagsfraktion weist darauf hin, dass der Abbruch der Bildung einer Pflegekammer ohne deren Beteiligung getroffen wurde. Die SPD vertritt die 2016 gemeinsam getragene Entscheidung entsprechend der Enquetekommission:

„Zukunft der Pflege Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationsgerecht gestalten“. Frau Wölfle äußert sich Bekanntgabe des Scheiterns: „Minister Lucha hat ein Prestigeprojekt der Grünen durch eigenes Unvermögen in den Sand gesetzt ... Wir brauchen eine starke Stimme für die Pflege. Das hat die Corona-Krise erneut bewiesen. Aber dafür muss man mit den Pflegekräften arbeiten und nicht gegen sie“.

STIMMEN



**ehr geehrte Frau
Driescher,**

S haben Sie vielen Dank für die Zusendung Ihrer Nachricht.

Den darin geschilderten Unmut über die Verschiebung der Errichtung einer Landespflegekammer in Baden-Württemberg kann ich gut nachvollziehen. Ich teile Ihre Meinung zu der Notwendigkeit einer solchen Kammer und möchte Ihnen gerne als die pflegepolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion antworten.

Für die GRÜNE Landtagsfraktion war die Errichtung einer Kammer in dieser Legislatur wichtig und wurde auch auf unser Betreiben im Koalitionsvertrag verankert. Ich bin überzeugt von dem Mehrwert einer Landespflegekammer. Die Argumente für und gegen eine solche Körperschaft des öffentlichen Rechts wurden in der Politik und auch in der Öffentlichkeit breit und kontrovers diskutiert.

Mir war folgende Ausgangsfrage bei der Debatte immer wichtig: Wie erschaffen wir eine in der Substanz tragfähige Struktur, die der Pflege im Gesundheitswesen, in der Politik und in der Gesellschaft Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten verschafft, welche der gesellschaftlichen und medizinischen Relevanz der Pflege gerecht wird?

Gerade die derzeitige Gesundheitskrise legt offen, wie wichtig Pflege ist und dass sie auf steigende Anforderungen und sich verändernde Pflegesituationen reagieren muss. Aber gleichzeitig findet die Pflege immer noch zu wenig Beachtung in den Entscheidungsgremien des Gesundheits-

„ICH BIN ÜBERZEUGT VON DEM MEHRWERT EINER LANDESPFLEGEKAMMER.“

PETRA KREBS
SPRECHERIN FÜR GESUNDHEITS-,
SENIOR*INNEN - UND PFLEGEPOLITIK

wesens. Noch immer wird über den beruflichen Alltag der Pflegefachkräfte hinwegentschieden. Weitreichende Entscheidungen werden trotz der Bemühungen vieler diverser Pflegeverbände nach wie vor von anderen Gesundheitsakteur*innen getroffen. Das ist kein tragbarer Zustand.

Wir brauchen hier eine legitimierte Struktur, die für die Pflege mandatiert sprechen und die sich selbstverwaltend einbringen kann. Die Errichtung einer Landespflegekammer stellt hier ein richtiges Novum für Baden-Württemberg dar. Auch hinsichtlich der Arbeit und der Ambitionen einer Bundespflegekammer, welche sich aus den verschiedenen Landespflegekammern zusammensetzt, ergibt die Errichtung einer Landespflegekammer in Baden-Württemberg Sinn. Zu niedrige Gehälter für Pflegefachkräfte, Fallpauschalen und Vergütungen, die die pflegerischen Leistungen finanziell schlecht abdecken, hohe Personalschlüssel und eine damit einhergehende Belastung für Pflegefachkräfte oder eine generelle Ökonomisierung des Pflege- und Gesundheitswesens sind Aspekte, die zu großen Teilen bundespoli-

tisch angegangen werden müssen. Eine Bundespflegekammer hat hierbei das Potenzial eine gewichtige Akteurin auf bundespolitischer Ebene zu werden. Ein mögliches Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) oder im Qualitätsausschuss Pflege würde der Pflege den Stellenwert beimessen, den sie im deutschen Gesundheitswesen einnimmt und ihr weitreichende Einflussmöglichkeiten verschaffen. Solche Bemühungen unterstütze ich weiterhin. Für die Gründung einer Landespflegekammer bedarf es einer soliden Grundlage, die die Fehler der anderen Bundesländern vermeidet, einer soliden Grundlage, die einen möglichst großen Konsens unter den Pflegefachkräften herstellen kann und einer soliden Grundlage, die der Kammer ausreichend Zeit verschafft sich ohne externen Druck konstituieren und in ihrer Arbeit beweisen zu können.

Eine solche Grundlage ist aber aufgrund vielfältiger Faktoren zum jetzigen Zeitpunkt leider kaum möglich: Das Scheitern der Kammern in den anderen Bundesländern, eine fehlende Unterstützung innerhalb der Regierungskoalition, eine star-

ke Mobilisierung gegen die Kammer und auch das Argument, dass die Pflegefachkräfte in der derzeitigen Pandemie keine Ressourcen haben, um sich bei der Errichtung einer Kammer einzubringen, stellen ein äußerst wackliges Fundament für eine erfolgreiche Errichtung einer Kammer und ihrer Arbeit in Baden-Württemberg dar.

Ich halte das Vorhaben weiterhin für sinnvoll. Hierfür brauchen wir aber eine angemessene Phase der Einführung, die eine breite Unterstützung aus Regierung und Parlament erfährt und fachlich gut begleitet werden kann. Ich möchte Ihnen versichern, dass ich mich weiterhin für die Errichtung einer Kammer einsetzen werde und ich bin mir sicher, dass die bisher geleistete Arbeit keine verlorene Arbeit ist.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen & bleiben Sie gesund!

Petra Krebs

Sprecherin für Gesundheits-, Senior*innen- und Pflegepolitik

CDU-LANDTAGSFRAKTION BADEN-WÜRTTEMBERG

ehr geehrte Frau Driescher,

S

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29.09.2020 an Herrn Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL sowie an weitere Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion. Ich wurde gebeten, Ihnen zu antworten.

Gerne erläutere ich Ihnen die Haltung der CDU-Landtagsfraktion zur Einrichtung einer Pflegekammer.

Die CDU-Landtagsfraktion steht zum Koalitionsvertrag, in dem vereinbart wurde, die Gründung einer Landespflegekammer zu initiieren, „wenn sich eine Mehrheit der Pflegekräfte, der im Landespflegerat organisierten Berufsverbände und der in der Liga vertretenen Verbände der Wohlfahrtspflege für die Einrichtung einer Pflegekammer ausspricht“. Die eingedenk dessen durchgeführte repräsentative Umfrage hat nach wiederholter Darstellung des Sozialministeriums zu einem klaren und belastbaren Ergebnis geführt. Dementsprechend haben die CDU-Landtagsfraktion und die CDU-geführten Ministerien zugestimmt, den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Landespflegekammer ins Anhörungsverfahren zu geben.

Wie Ihnen bekannt ist, waren die daraufhin eingegangenen Rückmeldungen zu dem Gesetzentwurf sehr unterschiedlich. Sie reichten von der vorbehaltlosen Unterstützung des Vorhabens bis zu dessen grundsätzlicher Ablehnung. Beispielhaft darf ich das Ergebnis der Kommentierung des Gesetzentwurfs auf dem Beteiligungsportal des Landes skizzieren:

Von den 204 auswertbaren Kommentaren waren 78 positiv (38,24 %) und 126 negativ (61,76 %). Kritisiert wurde nicht nur der Gesetzentwurf an sich, sondern es wurde vielfach auch die Belastbarkeit der vorangegangenen Umfrage angezweifelt.

Das Sozialministerium hat daraus nachvollziehbarerweise den Schluss gezogen, dass das Gesetz in der ursprünglich vorgesehenen Fassung nicht umzusetzen ist, ohne ganz erhebliche Widerstände und Konflikte innerhalb der betroffenen Pflegekräfte auszulösen. Folgerichtig war zu überlegen, durch welche Änderungen am Gesetzentwurf die Akzeptanz des Vorhabens gestärkt werden kann. Die insoweit vom Sozialministerium unterbreiteten Vorschläge konnten uns indes nicht überzeugen.

So erscheint es zunächst aus grundsätzlichen Erwägungen kritisch, dass durch die verlängerte Errichtungsphase lediglich eine Verlagerung der in der Anhörung zu Tage getretenen Konflikte bis weit in die nächste Legislaturperiode hinein erfolgt und damit keine konkreten Lösungsperspektiven in der Sache verbunden sind.

Darüber hinaus ist problematisch, dass sich an die vorgeschlagene Verlängerung der Errichtungsphase eine Beitragsfreistellung für das erste Jahr des Bestehens der Pflegekammer und eine Evaluation anschließen sollten. Dieses Vorgehen löst nicht nur erhebliche Mehrkosten für den Landeshaushalt aus, sondern es bleibt auch vollkommen unklar, welches konkrete Ziel die Evaluation verfolgt und welche Folgen aus einem etwaigen negativen Evaluationsergebnis resultieren sollen. Zu letzterem finden sich weder im Gesetzentwurf selbst noch in dessen Begründung Ausführungen.

Meint man es ernst mit einer Evaluation, die quantitativ stärker als die letzte Befragung das Votum der zu verkammernden Pflegekräften berücksichtigt und ihnen damit eine echte Möglichkeit zur Einflussnahme gibt, müsste diese spätestens am Ende der Arbeit des Errichtungsausschusses stehen. Zudem müsste das Gesetz das Ziel der Evaluation, deren wesentliche Verfahrenseckpunkte und die an das Evaluatonsergebnis geknüpften Folgen klar benennen.

Insgesamt ist danach der überarbeitete Gesetzentwurf mit einer Pflegekammer auf Bewährung sowohl hinsichtlich des Verfahrens als auch inhaltlich aus unserer Sicht leider nicht geeignet, um die vom Sozialministerium proklamierten Ziele zu erreichen. Es ist nicht zu erwarten, dass die vorgelegten Vorschläge eine Befriedigung innerhalb der betroffenen Pflegekräfte herbeiführen bzw. die Akzeptanz für die Errichtung der Pflegekammer verbreitern werden.

Aus fachlicher Sicht teilen wir die Einschätzung, dass die Errichtung einer Pflegekammer große Chancen zur Stärkung der Pflegeselbstverwaltung und des Berufsbildes der professionell Pflegenden mit sich bringen kann, ausdrücklich. Gleichzeitig müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die betroffenen Pflegekräfte ganz unterschiedlich zur Errichtung einer atypischen Berufskammer mit Pflichtbeitrag für abhängig Beschäftigte stehen. Hier gibt es nun einmal ganz erhebliche Widerstände, die zum Beispiel in Niedersachsen letztlich dazu geführt haben, dass die bereits gegründete Pflegekammer wieder aufgelöst wird. Davor können wir auch in Baden-Württemberg die Augen nicht verschließen. Zudem hat das Sozialministerium mit seinen Änderungsvorschlägen zum Gesetzentwurf allen späteren Beteuerungen zum Trotz ganz unzweifelhaft deutlich gemacht, dass ihm mit Blick auf die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens die zeitnahe Errichtung einer Landespflegekammer schwierig erscheint und man dieses „heiße Eisen“ in dieser Legislaturperiode deshalb nicht mehr aufgreifen will. Diese Entscheidung

hat der Sozialminister in eigener Verantwortung getroffen. Die CDU-Landtagsfraktion war daran zu keinem Zeitpunkt beteiligt und ist daher auch nicht der richtige Adressat Ihrer Kritik an diesem Schritt. Der Grund für das Scheitern des Gesetzgebungsverfahrens liegt vielmehr in der unglücklichen Gestaltung des Gesamtprozesses durch das Ministerium und in der sehr späten Vorlage des jetzt zurückgezogenen Gesetzentwurfs.

Ich kann Ihnen versichern, dass die CDU-Landtagsfraktion sich ganz unabhängig von der Errichtung einer Landespflegekammer auch zukünftig dafür einsetzen wird, dass wir bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen in der Pflege zu sachgerechten Lösungen kommen. Dabei geht es wesentlich auch darum, den Wünschen und Erwartungen der Pflegekräfte zu entsprechen, die maßgeblich für die Qualität der vor Ort geleisteten Arbeit verantwortlich sind. Wenn es nicht gelingt, sie von der Sinnhaftigkeit der jeweiligen Lösungen zu überzeugen, werden diese Lösungen in der Praxis keinen Erfolg haben können.

Mit freundlichen Grüßen

Stefanie Schorn
Büroleiterin des Fraktionsvorsitzenden
CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

SABINE WÖLFLE
STELLV. FRAKTIONSVOSETZENDE SPD
SPRECHERIN FÜR SOZIAL- UND
GLEICHSTELLUNGSPOLITIK &
INTEGRATION UND INKLUSION

S

ehr geehrte Frau Driescher,

vielen Dank für Ihre Mail vom 29.9.2020, die ich gern auch im Namen der anderen Abgeordneten meiner Fraktion beantworte.

Die Entscheidung, dass Gesetzgebungsverfahren zur Bildung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg abubrechen, hat die grün-schwarze Koalition ohne unsere Beteiligung getroffen und Sozialminister Manfred Lucha hat diese Entscheidung als zuständiges Regierungsmitglied nach außen zu verantworten.

Für die SPD-Landtagsfraktion darf ich Ihnen sagen, dass wir zum Thema Pflegekammer jederzeit die 2016 gemeinsam getragene Entscheidung der Enquetekommission „Zukunft der Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ vertreten bzw. vertreten haben. Diese lautete wie folgt:

„Die Enquetekommission empfiehlt der Landesregierung,

- a) die Entwicklungen zu den Entstehungsprozessen der Pflegekammern in den anderen Bundesländern sorgfältig mitzuverfolgen,
- b) die Gründung einer Pflegekammer auf den Weg zu bringen, falls sich die in der Pflege beschäftigten Personen in einer repräsentativen Befragung, die wissenschaftlichen Gütekriterien genügt, für eine Pflegekammer in Baden-Württemberg aussprechen.“



Aus unserer Sicht hat Minister Lucha beide Punkte nicht korrekt ausgeführt. Deshalb habe ich mich nach der Bekanntgabe des Scheiterns des Gesetzgebungsverfahrens durch Minister Manfred Lucha wie folgt geäußert:


„Minister Lucha hat ein Prestigeprojekt der Grünen durch eigenes Unvermögen in den Sand gesetzt. Die Hauptursache für das Scheitern liegt in der von ihm geschönten Befragung der Pflegekräfte und der eigenwilligen Interpretation der Befragungsergebnisse. Wir brauchen eine starke Stimme für die Pflege. Das hat die Corona-Krise erneut bewiesen. Aber dafür muss man mit den Pflegekräften arbeiten und nicht gegen sie.“

Eine Wiederaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens in dieser Legislaturperiode ist bei dem Votum der grün-schwarzen Landtagsmehrheit aussichtslos.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Wölfle
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD
Sprecherin für Sozial- und Gleichstellungspolitik
Sprecherin für Integration und Inklusion

JOCHEN HAUSSMANN
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
FDP/DVP LANDTAGSFRAKTION



uten Morgen, sehr geehrte
Frau Driescher,

G

das Thema Befragung aller Pflegekräfte haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode gefordert.

Wenn sich die jetzige Landesregierung für einen anderen Weg entschieden hatte, ändern wir aber unsere Position dazu nicht.

Ohne das besondere Engagement der Pflegeschulen wäre die Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung gar nicht möglich gewesen. Zu erwarten waren und sind Engpässe im Bereich der Pädiatrie, insbesondere im ländlichen Raum. Darauf haben wir ebenfalls in der Pflege Enquetekommission hingewiesen. Überlegungen aus dem Pflegebereich, auch die bisherige Ausbildung weiterhin beizubehalten, wäre aus unserer Sicht eine gute Option gewesen.

Mit unserem Pflegepapier wollten wir in der Tat neben den Pflegekräften auch die Pflegebedürftigen und die betroffenen Angehörigen berücksichtigen.

Ich bin Ihnen aber sehr dankbar für Ihre Darstellung, und vor allem Ihrem Einsatz für die Pflegekräfte und die Pflege in Baden-Württemberg.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Haußmann MdL
stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der FDP/DVP-Landtagsfraktion

IMPRESSUM

LANDESVORSTAND
DES BLGS E.V.
BADEN-WÜRTTEMBERG;
ARBEITSGRUPPE
PFLEGEKAMMER